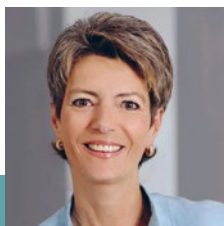


alliance santé NEWS

Februar 2014

Der Ständerat lehnt Einheitskasse ab: Stimmen aus der Debatte

Der Ständerat hat in der Wintersession 2013 die Initiative «für eine öffentliche Krankenkasse» beraten. Er lehnt die Vorlage – wie bereits der Bundesrat vor ihm – klar ab. Er tut dies mit 28 zu 13 Stimmen, bei drei Enthaltungen. Die wichtigsten Argumente für diesen Entscheid lesen Sie hier.



**Karin Keller-Sutter,
FDP, St. Gallen**

«Bereits 2010 haben die Kantone Glarus, Appenzell Ausserrhoden, Schaffhausen, Thurgau und St. Gallen der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften den Auftrag erteilt, die ökonomischen Vor- und Nachteile der Einführung einer öffentlichen regionalen Einheitskasse zu untersuchen - dies auch vor dem Hintergrund der steigenden Kosten im Gesundheitswesen und des alljährlichen Prämienanstiegs. Die Ergebnisse dieser Analyse wurden im

Frühjahr 2011 präsentiert. Da die Nachteile eines Systemwechsels überwogen, haben die Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren den Systemwechsel verworfen und sich damit von einer öffentlichen regionalen Einheitskasse einhellig verabschiedet, und zwar - wenn ich den Terminus aufnehme, den Frau Egerszegi vorher gebraucht hat - ohne ideologische Scheuklappen. Immerhin sind das Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren verschiedener Parteien.»

«Analyse der
ZHAW zeigt: Die
Nachteile eines
Systemwechsels
überwiegen.»

Editorial

Geschätzte Leserinnen und Leser

In der Wintersession 2013 hat der Ständerat die Einheitskassen-Initiative mit 28 zu 13 Stimmen klar abgelehnt. Der Verlauf der Debatte zeigt die vielfältigen Gefahren einer Einheitskasse klar: Weshalb sollen wir das weltbeste Gesundheitssystem aufs Spiel setzen, wenn doch ein Blick ins Ausland die Nachteile staatlich finanzierter Gesundheitssysteme deutlich zeigt? Wie soll eine Einheitskasse die Prämien senken, wenn sie nicht dort ansetzt, wo die Kosten zu 95 Prozent entstehen? Warum sollen wir auf die heutige Vielfalt und den hochstehenden Kundenservice der Krankenversicherer verzichten, indem wir den Wettbewerb über Bord werfen?

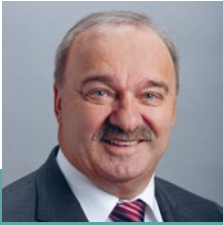
Rolf Zehnder, Spitaldirektor des Kantonsspitals Winterthur, ist zwar über die Zusammenarbeit mit den heutigen Krankenversicherungen nicht immer glücklich. Von einer Einheitskasse verspricht er sich aber keine Verbesserung, sondern noch mehr Auflagen und Einschränkungen als heute. Mehr dazu lesen Sie im Interview auf Seite 3.

In der Frühjahrssession wird der Nationalrat über die Einheitskasse beraten. Wir bleiben dran.

Ich wünsche eine interessante Lektüre!

**Nationalrätin
Barbara Schmid-Federer**
Mitglied Co-Präsidium

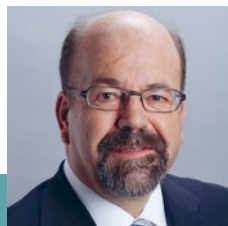




**Alex Kuprecht
SVP, Schwyz**

«Zur Realität: Jene in der Schweiz habe ich dargestellt; diesen Zustand sollten wir nicht über Bord werfen. Um die Wirkung einer Einheitskasse zu erkennen, muss man bloss ein wenig gegen Westen blicken. Ich empfehle Ihnen, sich einmal mit einer Französin oder einem Franzosen, mit einer

Engländerin oder einem Engländer zu unterhalten oder kurz einen Blick in die letzte Befragung des «Commonwealth Fund» zu werfen. Dort haben sich die Franzosen klar dazu geäußert, was sie von ihrem System der «Sécurité sociale» halten – je länger, desto weniger. Die Unzufriedenheit steigt von Jahr zu Jahr. Wo liegt der Grund? Derart verstaatlichte Gesundheitssysteme laden zur Finanzierung über eine stets wachsende Verschuldung ein. Um dort das Problem in der Krankenversicherung einigermaßen im Griff zu behalten, wird laufend der Grundversicherungskatalog zusammengestrichen. Was ist die Folge? Die Menschen werden immer schlechter versorgt, die Behandlungserfolge leiden darunter, und die Patienten schliessen immer teurer werdende Zusatzversicherungen ab, ohne jedoch damit die Gewissheit zu erhalten, dann auch tatsächlich entsprechend versorgt zu werden.»



**Joachim Eder
FDP, Zug**

«Gestatten Sie mir einen Rückblick in die Vergangenheit, einen Rückblick auf die «alte PTT» und ihr Angebot an Telefonapparaten: Solange private Anbieter keine Apparate auf den Markt bringen konnten, beschränkte sich das Angebot der PTT auf einige schwarze und graue Apparate. Heute kommt niemand auf die Idee, die Telekombranche wieder zu

verstaatlichen. Seit dem Wegfall der Monopolstellung der PTT hat in der Telekommunikation denn auch eine enorme Dynamik eingesetzt, eine Dynamik mit unzähligen Innovationen - und das erst noch bei tendenziell sinkenden Preisen.»

«**Seit der Privatisierung der Telekombranche hat eine enorme Dynamik mit unzähligen Innovationen eingesetzt.**»

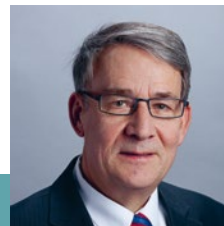


**Roland Eberle
SVP, Thurgau**

«Wenn wir von einer Einheitskasse im obligatorischen Bereich sprechen, so sprechen wir gerade einmal von 26 Milliarden von insgesamt knapp 70 Milliarden Franken. All diejenigen, die behaupten, mit einer Einheitskasse könne man die Gesundheitskosten annähernd in den Griff bekommen, täuschen sich nach meinem Dafürhalten gewaltig.

Wir sprechen bei einer Einheitskasse von einem knappen Drittel der Aufwendungen. Unter diesem Aspekt glaube ich schon, dass es sich lohnt zu überlegen, ob das Kernziel, nämlich die Kosten zu reduzieren, überhaupt erreichbar ist mit einer solchen Initiative.»

«**Alle, die behaupten, mit einer Einheitskasse könne man die Kosten in den Griff bekommen, täuschen sich gewaltig.**»



**Urs Schwaller
CVP, Fribourg**

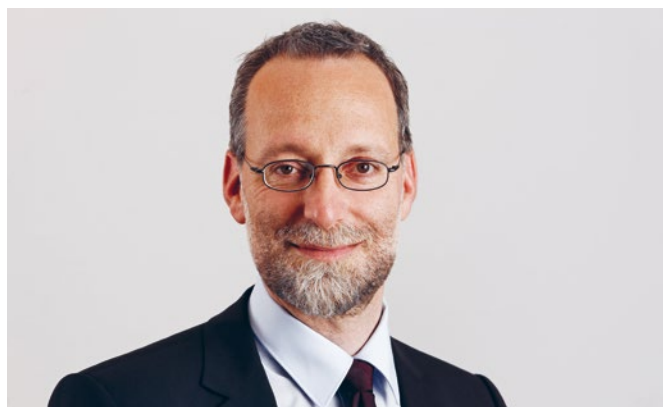
Von 100 Prämienfranken braucht es 95 Franken für die bezogenen Leistungen. Die staatliche Einheitskasse wird daran nichts ändern. Wenn wir etwas ändern wollen, dann ist bei diesen 95 Prozent der Kosten anzusetzen, das heisst bei der Finanzierung aus einer Hand; bei der gleichen Finanzierung

des ambulanten und des stationären Bereichs; bei den integrierten Versorgungsnetzen, das heisst bei der Managed Care, die zum Teil von den gleichen Leuten bekämpft wurde, die sich heute für die Einheitskasse so ins Zeug legen; bei einer Überprüfung des Grundleistungskatalogs, der Angebotsdichte; bei einer tatsächlichen Konzentration der Spitzenmedizin. Da müssen wir zusammen Wege finden, um aus den Problemen herauszukommen. Dann werden die Prämien weniger stark ansteigen.»

«**Managed Care wurde teils von heutigen Einheitskassen-Befürwortern bekämpft.**»

Interview mit Rolf Zehnder, Direktor Kantonsspital Winterthur

«Der Handlungsspielraum für alle Leistungserbringer wird deutlich abnehmen»



Es ist nicht zielführend, das Krankenversicherungssystem von Grund auf neu zu erfinden, nur weil Verbesserungspotenzial besteht. Zu diesem Schluss kommt Rolf Zehnder, Direktor des Kantonsspitals Winterthur.

alliance santé: Oft wird moniert, der administrative Aufwand von Spitälern und Ärzten sei heute zu hoch. Wie beurteilen Sie die Situation?

Rolf Zehnder: Auf den ersten Blick scheint es manchmal unerfreulich, dass wir mit verschiedenen Krankenversicherern für die letztlich gleiche Lösung verhandeln müssen. Aber das ist der Preis für die Innovation, auch für die administrative Innovation. Wir versuchen heute die administrativen Prozesse laufend zu verbessern. Mit einem Krankenversicherer führen wir zurzeit ein sehr spannendes Pilotprojekt.

Würde eine Einheitskasse die Bürokratie eindämmen, wie dies die Initianten versprechen?

Die Hoffnung, dass die Bürokratie mit einer Einheitskasse abnimmt, ist unrealistisch. Der Staat wird mit einem ganzen Wust an neuen Vorgaben auf uns zu kommen. Gleichzeitig wird das System unflexibel und starr. Innovative Pilotprojekte wie heute wären mit einem staatlichen Monopolisten kaum denkbar.

Wie arbeiten Spitäler und Krankenversicherer heute zusammen?

Wir stehen jeweils vor der schwierigen Aufgabe, mit verschiedenen Kassen eine Lösung auszuhandeln. Heute erschweren leider Tarifstreitigkeiten diese Zusammenarbeit. Seitens der Krankenversicherungen fehlt es oft am Willen, empirisch begründbare Tarifstrukturen zu schaffen. Vielmehr versteifen sie sich auf die Kostenneutralität und Einsparungen. Dabei droht vergessen zu gehen, dass die Versicherer an der Weiterentwicklung des Gesundheitswesens mitarbeiten sollten. Ehrlicherweise müssen wir natürlich sagen, dass auch Ärzte und Spitäler in Tarifverhandlungen ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellen.

Würde da eine Einheitskasse Abhilfe schaffen?

Es ist nicht zielführend, das Krankenkassensystem von Grund auf neu zu erfinden, nur weil Verbesserungspotenzial besteht. Wir spielen mit dem Feuer, wenn wir die Krankenversicherer wegen ihrer Mängel abstrafen. Schliesslich bedeutet ein radikaler Systemwechsel nicht automatisch, dass etwas Besseres folgt.

Wie würde sich die Einheitskasse auf die Handlungsfreiheit der Spitäler auswirken?

Mit einer Einheitskasse würde die Finanzierung des Gesund-

heitswesens komplett verstaatlicht. Damit droht das Gesundheitswesen insgesamt zu einer Staatsaufgabe zu werden. Ich persönlich bin klar der Auffassung, dass eine staatliche Lösung in einem komplexen System mit unzähligen dezentralen Entscheidungsträgern – das sich zudem schnell verändert – nicht effizient sein kann. Gleichzeitig wird der Handlungsspielraum für alle Leistungserbringer deutlich abnehmen.

Gegner der Einheitskasse warnen davor, dass die freie Spital- und Arztwahl verloren geht mit der Einheitskasse. Zu Recht?

Eine Einheitskasse wird den medizinischen Leistungserbringern schrittweise neue Auflagen machen. Sie wird – sei es unter dem Vorwand der Kosten oder im Namen eines bestimmten Qualitätsstandards – bestimmen, welchem Anbieter sie welche Leistung vergütet. Ich bin überzeugt, dass das System viel geplanter und gesteueter wäre als heute, was letztlich auf eine Einschränkung der freien Arzt- und Spitalwahl hinausläuft. Einschneidend für die Versicherten ist zudem: Wenn Sie mit ihrer Krankenversicherung unzufrieden sind, können sie in einer Einheitskasse nicht mehr wechseln – sie werden komplett abhängig.

Die Initianten schätzen den Aufwand für einen Systemwechsel vom heutigen System hin zu einer Einheitskasse als vertretbar ein ...

Kurzfristig ist die Einführung einer Einheitskasse ein unglaublich aufwändiges und sehr teures Vorhaben. Das wäre vertretbar, wenn wir damit für die nächsten 50 Jahre eine gute Lösung hätten. Aber auch langfristig ist die Einheitskasse kein geeignetes Konstrukt für unser hochkomplexes Gesundheitswesen. Es sind dermassen viele, und vor allem auch dezentrale Akteure in einem hochdynamischen System tätig, dass eine zentrale Steuerung durch ein staatliches Organ kaum segensreich sein wird. Eine Einheitskasse würde zwar dem zum Teil verärgerten Verhalten sowie den finanziell nicht gewichtigen aber lästigen Werbeaktivitäten der Krankenversicherer ein Ende bereiten. Dies rechtfertigt aber in keiner Weise den gewaltigen Aufwand eines Systemwechsels. Denn Werbung und Marketing in einem vernünftigen Ausmass sind wohl auch der Preis für das gut funktionierende, wettbewerbliche Gesundheitssystem.

Die Initianten argumentieren, mit der Einheitskasse liesse sich der Anstieg der Prämien bremsen.

Die Kosten im Gesundheitswesen steigen zu 95 Prozent aufgrund der wachsenden medizinischen Leistungen infolge medizinischen Fortschritts und der demografischen Entwicklung. Die Initianten sind uns die Antwort schuldig, wie hier Kosten gespart werden sollen. Steigende Kosten sind auch die Folge einer besseren Medizin – was nicht heisst, dass im Gesundheitswesen kein Sparpotential besteht. Generell glaube ich jedoch nicht, dass der Staat effizienter und damit günstiger arbeiten wird.

Ein Stolperstein ist vor allem die zunehmende Verpolitisierung des Gesundheitswesens generell und der Krankenkassenprämien im Besonderen. Politische Einflüsse erschweren sachliche Entscheide und effiziente Strukturen.

Das heisst, die Einheitskasse wird früher oder später zu einkommensabhängigen Prämien führen?

Faktisch wird auch die aktuelle Einheitskasseninitiative unweigerlich in diese Richtung führen. Es war nur konsequent, dass frühere Einheitskasseninitiativen immer auch einkommensabhängige Prämien forderten.

Drohen uns mit der Einheitskasse Schulden, wie etwa bei der Invalidenversicherung?

Der Staat ist die einzige Institution, die es sich erlauben kann, das Bezahlen von Rechnungen einfach aufzuschieben. Für eine Einheitskasse wäre die Versuchung dazu immens, denn das Gesundheitswesen ist der Bevölkerung sehr wichtig und gleichzeitig steigen die Kosten stark. So gesehen droht uns bei Annahme der Initiative tatsächlich ein weiteres Finanzloch. Über kurz oder lang wird es zu einer Verschuldung kommen, was letztlich den Sozialstaat gefährdet. Zu befürchten sind auch verdeckte Rationierungen, indem der Staat Investitionen in das Gesundheitswesen zurückstellt und das medizinische Angebot dadurch einschränkt.

Zur Person

Rolf Zehnder ist seit 2008 Direktor des Kantonsspitals Winterthur. Nach der Lehre in Allgemeiner Krankenpflege am Kantonsspital Baden studierte er an der Universität Zürich Volks- und Betriebswirtschaftslehre. Von 2000 bis 2008 war er Direktor am Spital Männedorf.

EINHEITSKASSE PLUS



Über alliance santé

Die alliance santé ist eine Initiative von Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie von Exponenten aus dem Gesundheitswesen und der Schweizer Wirtschaft. Sie wird unterstützt von verschiedenen Verbänden und Organisationen, welche die Einheitskasse ablehnen. Die alliance santé setzt sich für ein wettbewerbliches Gesundheitssystem ein. Sie lehnt Forderungen ab, die in Richtung Verstaatlichung des Gesundheitswesens zielen. Die alliance santé engagiert sich mit Veranstaltungen, Verlautbarungen, einem Newsletter und anderen ihr geeignet erscheinenden Publikationen für ihre Anliegen. Tel. 044 266 67 66.

Internet: www.alliance-sante.ch; Twitter: @alliance_sante; Google+: <http://bit.ly/12SzkQz>

Folgende Personen sind Mitglied des Co-Präsidiums der alliance santé:

Chantal Balet Emery; **Toni Bortoluzzi** (NR, SVP); **Ignazio Cassis** (NR, FDP); **Thomas de Courten** (NR, SVP); **Roland Eberle** (SR, SVP); **Felix Gutzwiller** (SR, FDP); **Lorenz Hess** (NR, BDP); **Ruth Humbel** (NR, CVP); **Karin Keller-Sutter** (SR, FDP); **Margrit Kessler** (NR, GLP); **Alex Kuprecht** (SR, SVP); **Catherine Labouchère** (KR Waadt, FDP); **Philippe Nantermod** (KR Wallis, FDP); **Guy Parmelin** (NR, SVP); **Barbara Schmid-Federer** (NR, CVP); **Urs Schwaller** (SR, CVP); **Philipp Stähelin** (Alt-SR, CVP)

Impressum

Herausgeber: alliance santé
Illustrationen: Etienne Hübscher
Druck: Neidhart + Schön Group
Bilder: Bundesverwaltung, admin.ch, parlament.ch
Auflage: 18 500